

STIFTUNG SYNANON • Dorfstraße 9 • 13051 Berlin

Regierende Bürgermeisterin von Berlin  
Senatskanzlei – Persönliches Büro –  
Jüdenstraße 1  
10178 Berlin

Berlin, den 4. Juli 2022

**Synanon meldet sich zu Wort:  
„Wir halten die Legalisierung von Cannabis für den falschen Weg“  
UN-Drogenbericht hinsichtlich Cannabis-Legalisierung**

Sehr geehrte Frau Regierende Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Giffey,

mit Schreiben vom 27. Januar 2022 hatten die Mitglieder unseres Kuratoriums, Frau Prof. Barbara John und Herr Eberhard Diepgen, auf die Sorgen und Bedenken unserer Selbsthilfeeinrichtung Synanon gegen die Pläne aus Bund und einigen Ländern hingewiesen, mit denen der Erwerb vom Cannabis „liberalisiert“ und legalisiert werden soll.

In seiner Stellungnahme hatte das Kuratorium der STIFTUNG SYNANON insbesondere auf die Gefährdung von Jugendlichen und die Tatsache hingewiesen, dass Cannabis immer wieder die Einstiegsdroge für lebenslange Gesundheitsgefährdung durch immer stärkere Drogen ist. Auf den erheblichen Schaden für Betroffene und die gesamte Gesellschaft wurde hingewiesen.

Der Drogenbericht der UN („*UNODC World Drug Report 27.06.2022 (Wien) highlights trends on cannabis post-legalization, environmental impacts of illicit drugs, and drug use among women and youth*“) bestätigt eindrucksvoll die Sorgen von Synanon.

So konnte gezeigt werden, dass der durch die Legalisierung zunehmende Konsum von Cannabis zu einer spürbaren Mehrbelastung des Gesundheitssystems in der Europäischen Union führt. Hanf-Drogen-Konsum ist die Ursache von 30 % der Drogentherapien in der EU.

In Ländern Afrikas und Lateinamerikas stehen die meisten Therapien kausal im direkten Zusammenhang mit dem Konsum von Marihuana.

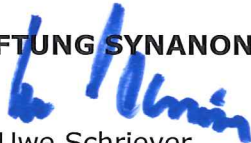
.../2

Durch die Legalisierung der Droge in Nordamerika stieg der Konsum von sehr potenten Variationen des THC besonders bei jungen Erwachsenen erheblich an. Dieses neue Konsumverhalten aus der Legalisierung heraus hat nachweislich zu einem spürbaren Anstieg von psychischen Erkrankungen, Suizid und Krankenhauseinweisungen geführt.

Leider ignorieren die Befürworter der Legalisierung die Erkenntnisse aus dem Bericht der UNO. Appelle von UN-Organisationen werden in Deutschland wohl nur beachtet, wenn sie die bereits vorgefassten Überlegungen unterstützen. Synanon bittet Sie, dass der UNO-Bericht wenigstens in Berlin in den politischen Meinungsbildungsprozess zur Drogenpolitik einbezogen wird.

Mit freundlichen Grüßen

**STIFTUNG SYNANON**



Uwe Schriever  
Vorstandsvorsitzender

PS: Ich erlaube mir, diesen Brief zu veröffentlichen.